Werk

Titel: Rezensionen

Ort: Bern

Jahr: 2006

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?519763432_0021|LOG_0040

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

info@digizeitschriften.de

Rezensionen

Afrika als Projektion: Zwei Bücher über Deutschlands imperiales Selbstbild

Birthe Kundrus, Moderne Imperialisten. Das Kaiserreich im Spiegel seiner Kolonien, Böhlau: Köln 2003. 339 Seiten. 34,90 €
Dirk van Laak, Imperiale Infrastruktur. Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880–1960, Schöningh: Paderborn 2004. 450 Seiten. 72,00 €

SIGMUND Freud umschrieb den seelischen Vorgang der Projektion als eine Verlagerung unbewusster Zusammenhänge in die äußere, reale Welt. Dabei kommen, so Freud, ins Unbewusste verdrängte Elemente der eigenen Erfahrung als scheinbar genuine Eigenschaften der aktuell erfahrenen Wirklichkeit zum Ausdruck – wenn auch meist in veränderter Form: »Eine innere Wahrnehmung wird unterdrückt, und zum Ersatz kommt ihr Inhalt, nachdem er eine gewisse Entstellung erfahren hat, als Wahrnehmung von außen zu Bewusstsein.«

Afrika, so ließen sich die beiden hier anzuzeigenden Bücher von Birthe Kundrus und Dirk van Laak zusammenfassen, diente den Deutschen von der Mitte des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts als eine gigantische Projektionsfläche – nicht nur ihrer Sehnsüchte, sondern eben auch ihrer Unzulänglichkeiten. Keines der beiden Bücher argumentiert mit der Kategorie des Unbewussten oder überhaupt in psychoanalytischer Absicht. Dennoch untersuchen sie beide phantasmatische Praktiken: Handlungs-, Denk- und Sprechweisen, die sich auf ein Imaginäres richteten, das nicht unmittelbar, sondern primär in Beschreibungen und Berichten, Planungen und Strategien, Vorstellungen und Träumen präsent war.

Die ältere Imperialismusforschung hat zu Recht betont, wie kurzlebig, ökonomisch sinnlos, politisch riskant und insgesamt künstlich die deutsche Imperialpolitik zwischen 1884 und 1918 gewesen sei. Die neuere, kulturgeschichtlich ausgerichtete Imperialismusforschung behauptet nun auch keineswegs das Gegenteil; vielmehr entdeckt die Kulturgeschichte, was dem auf politisch-ökonomische Vernunft oder deren Abwesenheit fixierten Blick der älteren Forschung entging: dass es nämlich für die Kolonialbegeisterung und für das Hervorbringen eines breiten kolonialen Diskurses keineswegs einer rationalen Überzeugung vom Sinn der Kolonisierung, ja nicht einmal der Kolonien selber bedurfte. Schon die Quellenlage spricht für sich: Was über die mögliche Beherrschung Afrikas vor 1884 und vor allem was nach dem Verlust der Kolonien über ihre mögliche Wiedergewinnung geschrieben, notiert und entworfen wurde, übertrifft quantitativ bei weitem jene Literatur, die in der wilhelminischen Epoche selber noch realistisch von »unseren Kolonien« reden konnte. Hinzu kommt, dass auch während der drei Jahrzehnte aktiver deutscher Kolonialpolitik der sie begleitende öffentliche Diskurs kaum von einer auf ökonomi-

sche Zielsetzungen und rationale Strategien zielenden Nüchternheit geprägt wurde. Zwar wollte man, nicht zuletzt in Konkurrenz zu den erfahrenen Kolonialmächten England und Frankreich, alles besser und vor allem gründlicher als jene machen. Dabei geriet der deutsche Kolonialismus zu einem in erster Linie ideologisch-phantastischen Projekt.

Völlig zu Recht nennt Birthe Kundrus ihre Studie über »Moderne Imperialisten« im Untertitel daher »Das Kaiserreich im Spiegel seiner Kolonien«. Das Kaiserreich schuf sich in den Kolonien eine Projektionsfläche für seine eigenen kollektiven Unzulänglichkeiten. Die Sozialpolitik und die Frauenfrage, Landwirtschaft und Industrie, Erziehung, Natur und Wissenschaft, Recht und Sittlichkeit und schließlich die alles überwölbende Frage nach der Substanz der deutschen Nation – all diese Themen wurden auf die Kolonien projiziert, um sie in dieser nur halb-wirklichen und immer leicht verzerrten Welt scheinbar perfekten Lösungen zuzuführen.

Damit rückt Kundrus ein Element des Kolonialismus in den Mittelpunkt, dessen Bedeutung für ›nachholende‹ Kolonialmächte kaum zu unterschätzen ist, für den deutschen Imperialismus bislang aber kaum näher untersucht wurde: die *therapeutische* Dimension des ganzen Unternehmens. In gewisser Weise liegt hierin eine konsequente Weiterentwicklung der Sozialimperialismusthese der 1970er Jahre, welche die Expansion als Ablenkung von innergesellschaftlichen Krisenherden deutete. Kundrus dreht diese Perspektive um und interpretiert den (transkontinentalen) Kolonialdiskurs als eine Arena der *Austragung* konkurrierender Grundanschauungen und Gesellschaftsentwürfe – eine Arena, die umso besser diesem Zweck dienen konnte, als sie eben nie die Gesellschaft des Kaiserreichs als Ganzes zur Disposition stellte, sondern deren Grundprobleme im halb-realen Raum des kolonialen Spiegels reflektierte. Ohne dabei die Opfer der kolonialen Gewalt zu unterschlagen, macht Kundrus so einen großen Teil der sozialpsychischen Dynamik sichtbar, von welcher der deutsche Kolonialismus lebte – und das auch noch, als es gar keine deutschen Kolonien mehr gab.

Weit über das Ende deutscher Kolonien hinaus reicht deshalb auch das zweite hier vorzustellende Buch von Dirk van Laak über »Deutsche Planungen für eine Erschließung Afrikas 1880–1960«. Van Laak spricht von einer »imperialen Infrastruktur«, wie sie seit 1880 auf den Reißbrettern und in den Köpfen deutscher Planer, Organisatoren und Ingenieure entworfen wurde. Im Feld der imperialen Infrastruktur verschränkten sich Politik, Wirtschaft, Technik und Raum zu einem umfassenden Erschließungsprogramm, das bis in die kleinsten Details durchdacht und durchgespielt werden konnte, bevor auch nur der erste Schritt in den wirklichen kolonialen Raum getan wurde. Obwohl nur der geringste Teil dieser Planungen realisiert wurde, bildeten sie ein zusammenhängendes Phänomen, das sich in immer neuen Varianten fortentwickelte und quer durch Kaiserreich, Weimarer Republik, Drittes Reich und Nachkriegsdeutschland Bestand hatte. Von der geographischen Vermessung und verkehrstechnischen Erschließung über die landwirtschaftliche Nutzung, ernährungstechnische Versorgung und geopolitische Integration Afrikas bis zu seiner rassen- und bevölkerungspolitischen

Neuordnung und schließlich zu Programmen seiner entwicklungspolitischen Förderung rekonstruiert van Laak einen durchgängigen Diskurs der Projektion technologischer Machbarkeit auf einen Kontinent, der selber hinter diesen Projektionen ständig zu verschwinden drohte.

In van Laaks Rückblick auf die Genealogie der imperialen Infrastruktur wird vor allem eines deutlich: wahrscheinlich haben diese, zum großen Teil nur phantasierten Erschließungsprogramme mehr zu dem beigetragen, was wir heute Globalisierung nennen, als die real- und weltpolitischen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts. Oder noch deutlicher: was van Laak beschreibt, *ist* ein wesentlicher Teil der Geschichte der Globalisierung. Das wiederum wirft die Frage nach den realistischen und phantasmatischen Anteilen in dem auf, was wir heute weithin als unsere ›Epoche der Globalisierung‹ identifizieren. Zumindest hat man den Eindruck, als habe van Laak hier tatsächlich eine untergründige Schicht der Urgeschichte unserer Gegenwart aufgetan. Hier verschränken sich bekannte und weniger bekannte Namen wie Paul Rohrbach, Arthur Dix oder Karl Krüger und so disparate Phänomene wie Kolonialismus, Ingenieurswesen und Entwicklungshilfe zu einem das deutsche Selbstbild prägenden Globalitäts-Diskurs, in dessen Zentrum eben jener Kontinent steht, den bis heute nur die wenigsten Deutschen aus eigener Anschauung kennen. Doch hier, ebenso wie bei Kundrus, stellt sich die Erschließung Afrikas als eine Extrapolation deutscher Befindlichkeit heraus.

In der Analyse solcherart imperialer Projektionen geraten beide Bücher in den Schnittpunkt von zwei derzeit intensiv geführten Debatten und müssen sich zwei grundlegenden Vorwürfen stellen. Der erste Einwand lautet überspitzt: Sie blenden die afrikanische Realität aus und setzen den Imperialismus geistig fort, indem sie seine projektiven und das heißt vor allem selbstbezogenen Sichtweisen, Phantasien etc. in den Mittelpunkt stellen, statt nach den Folgen für die betroffenen Menschen in Afrika zu fragen. Der zweite Einwand lautet: Sie überschätzen die tatsächliche Bedeutung und Langzeitwirkung des Imperialismus und implizieren eine Kontinuität des Imperialen bis zum Nationalsozialismus, zum Holocaust und darüber hinaus. Beide Einwände sind ernst zu nehmen. Doch machen gerade die hier vorgestellten Bücher eindringlich klar, dass sich beide Einwände im Grunde einer Verengung der Perspektiven verdanken. Denn weder bedeutet die Rekonstruktion imperialer Phantasmen eine Abkehr von der Wirklichkeit imperialer Politik noch der Verweis auf Kontinuitäten eine Reduktion geschichtlicher Zusammenhänge. Vielmehr werden zusätzliche Dimensionen des Imperialismus, seiner Geschichte und seiner Langzeitwirkungen sichtbar. Entscheidend ist, die Phänomene nicht gegeneinander auszuspielen, sondern ihre Geschichte auch über die staatspolitischen Zäsuren hinweg empirisch zu verfolgen. Nur so werden Kontinuitäten und Zusammenhänge nicht einfach behauptet, sondern kommen als Problem und Gegenstand in den Blick. Genau das ist Birthe Kundrus und Dirk van Laak mit ihren Arbeiten über koloniale Projektionen gelungen.

Christian Geulen

Yad Vashem Studies, Band 32 (2004), Yad Vashem Books: Jerusalem 2004. 503 Seiten. 24.00 US $ Yad Vashem Studies, Band 33 (2005), Yad Vashem Books: Jerusalem 2005. 495 Seiten. 24.00 US $

»Das letzte Kapitel« (Aly / Gerlach) des Holocausts, die Ermordung von mehr als einer halben Million ungarischer Juden im Sommer 1944, ist zum 60. Jahrestag Schwerpunkt der Yad Vashem Studies. Gleich sechs Beiträge sind dem Thema gewidmet. Randolph L. Braham untersucht die Rettungshilfe für die ungarischen Juden während der Verfolgung und ihre spätere Rezeption. (S. 21–57) Mehr als 600 Ungarn wurden von der Gedenkstätte Yad Vashem als »Gerechte unter den Völkern« für ihre Hilfe geehrt, die sie den Verfolgten geleistet hatten. Die Zahl der Hilfeleistenden dürfte tatsächlich weitaus höher gewesen sein. Die Mehrzahl der dokumentierten Fälle betrifft Juden aus Budapest. Nach den Gründen für diese auffällige Konzentration, die von den Forschungen zur Rettungshilfe in Deutschland bestätigt wird (auch hier sind die meisten Fälle in Berlin dokumentiert), fragt Braham nicht. Kritisch befasst er sich mit den umstrittenen Aktivitäten des zionistischen Unterstützungs- und Rettungskomitees. Rezsö Kasztner (Rudolf Kastner), der Vizepräsident des Komitees, und sein Mitarbeiter Joel Brand bemühten sich verzweifelt bei verschiedenen SS-Führern aus Eichmanns Stab darum, möglichst viele Juden vor den Deportationen nach Auschwitz zu bewahren. Kasztner bot Geld und Brand diente sich der SS als Vermittler an, um mit den Westalliierten in Verhandlungen zu treten. Beide waren nach dem Krieg heftiger Kritik ausgesetzt. Kasztner habe, so der Vorwurf, bevorzugt Freunde und Verwandte in die vermeintlich rettenden Transporte geschleust. Von dem weitergehenden Vorwurf der Kollaboration mit der SS sprach ihn das oberste israelische Gericht 1958 posthum frei – ein Jahr zuvor war Kasztner von radikalen Nationalisten erschossen worden.

Judit Molnar vergleicht die Verfolgung der Juden in zwei südungarischen Städten, in Pecs und Szeged. (S. 97–129) Dabei untersucht sie besonders die Rolle der lokalen ungarischen Verwaltung und Polizei. Während die Behörden in Pecs die von den deutschen Besatzern und der Regierung Horthy im Frühjahr 1944 erlassenen Verfolgungsmaßnahmen nur widerstrebend ausführten, entwickelte die Verwaltung in Szeged ein großes Maß an Eigeninitiative. Gestützt auf die Überlieferung der lokalen Behörden kann Molnar zeigen, welche Handlungsräume die Administration vor Ort im Prozess der Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung hatte.

Drei Aufsätze befassen sich mit dem jüdisch-polnischen Verhältnis vor und während der deutschen Okkupation. Dariusz Libionka belegt durch die umfassende Auswertung der katholischen Presse der dreißiger Jahre, wie verbreitet antisemitische Stereotypen und der Wunsch nach einer »Lösung der Judenfrage« in den nationalkatholischen Kreisen Polens vor dem Zweiten Weltkrieg waren. (S. 227–267) Eine Trennung zwischen einem religiös motivierten Antijudaismus und einem modernen Rasseantisemitismus ist dabei nicht auszumachen. Wie in anderen europäischen Staaten auch, speiste sich der antisemitische Diskurs in Polen gleichermaßen aus religiösen Res-

sentiments und rassistischen Vorstellungen. Libionka beschränkt sich auf eine reine Inhaltsanalyse. Über Auflagenhöhe, Verbreitungsgrad und Rezeption der von ihm untersuchten Zeitungen und Zeitschriften erfährt man leider nichts.

Felicja Karay untersucht in einer Fallstudie das Zwangsarbeitslager der Hugo Schneider Aktiengesellschaft-Leipzig (HASAG) im zentralpolnischen Kielce. (S. 269–349) In der Granatenfabrik arbeiteten Polen und nach der Liquidation der Ghettos im Distrikt Radom 1943 auch die letzten überlebenden Juden. Das Zwangsarbeitslager unterstand dem SS- und Polizeiführer von Radom. Maßgeblichen Einfluss auf die Versorgung, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge hatten jedoch lokale Akteure, der Betriebsdirektor und der Werkschutz. Sie wurden von den Polen und Juden unterschiedlich beurteilt. Während die ehemaligen polnischen Zivilarbeiter in ihren Nachkriegsaussagen ein düsteres Bild von den Arbeitsbedingungen im HASAG-Werk zeichneten, betonten die jüdischen Gefangenen in ihren Erinnerungsberichten die gute Verpflegung. Den Betriebsdirektor, einen SS-Führer, bezeichneten ehemalige Häftlinge als »Vater«. Inwieweit die Beurteilungen aus den vorherigen Verfolgungserfahrungen resultieren und welche Stellung die jeweiligen Personen innerhalb der Häftlingsgesellschaft im Lager hatten, diskutiert Karay nur unzureichend. Die Frage, warum die Zwangsarbeitslager im Distrikt Radom nicht wie die anderen Lager im Generalgouvernement im Herbst 1943 aufgelöst wurden, stellt Karay nicht.

Die Befreiung von knapp 400 Juden aus dem Lager Gesiowka in den ersten Tagen des Warschauer Aufstands beschreibt Edward Kossoy. (S. 323–350) Das Lager wurde im Sommer 1943 als Konzentrationslager Warschau auf dem ehemaligen Ghettogelände errichtet und im Mai 1944 als »Arbeitslager Warschau« Majdanek unterstellt. Die Mehrheit der Häftlinge waren griechische und ab dem Frühsommer 1944 dann ungarische Juden, die aus Auschwitz deportiert wurden. Polnische Juden befanden sich kaum unter den Häftlingen, die zum Abriss des zerstörten Ghettos eingesetzt wurden. Ende Juli trieb die SS die Mehrheit der Gefangenen auf einen Evakuierungsmarsch nach Westen. Ein Pfadfinderbataillon der Heimatarmee befreite die zu Aufräumarbeiten im Lager verbliebenen Häftlinge am 5. August 1944. Aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse, fehlender militärischer Ausbildung und Ausrüstung konnte sich nur ein Teil der Gefangnen der Heimatarmee anschließen. Kossoy rekonstruiert anhand von Nachkriegsberichten das Schicksal einiger Häftlinge, die ihre jüdische Herkunft verschleiern mussten, um in der deutschen Gefangenschaft zu überleben. Angehörige der Einheit, die das Lager 1944 befreiten, wurden 2003 vom israelischen Botschafter in Polen geehrt. Neun Jahre zuvor, zum 50. Jahrestag der Befreiung, gab es in Polen eine Debatte über Antisemitismus in der Heimatarmee. Dabei wurde auch über die Ermordung von befreiten Häftlingen aus dem Lager Gesiowka durch Soldaten der Heimatarmee heftig gestritten. Die Diskussion erwähnt Kossoy nicht; ihm geht es um die Würdigung der an der Befreiung beteiligten Pfandfindereinheit und der im Warschauer Aufstand kämpfenden Juden.

Beiträge zu den Warschauer Juden bilden auch den Schwerpunkt in der aktuellen Ausgabe der Yad Vashem Studies. Havi

Ben-Sasson und Lea Preiss veröffentlichen Auszüge aus dem Tagebuch von Abraham Lewin, einem führenden Mitarbeiter der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe und des Ghettoarchivs Oneg Shabbat. (S. 7–60) Die Abschnitte, die bislang als verschollen galten, dokumentieren die Zeit von Mai bis Juli 1942, die letzten Wochen vor dem Beginn der Ghettoliquidation.

Mit dem Tagebuch von Pnina Weiss, der Ehefrau von Abraham Weiss, einem frühen Mitglied des Warschauer Judenrats, macht Esther Farbstein eine Quelle zugänglich, die einen Eindruck vom Alltag der Warschauer Juden in den ersten Monaten der deutschen Okkupation vermittelt. (S. 61–99) Die Eheleute Weiss konnten Polen im April 1940 verlassen, ein halbes Jahr bevor das Warschauer Ghetto errichtet wurde.

Die Rolle des Jüdischen Militärverbands (Zydowski Zwiazek Wojskowy = ZZW) im Warschauer Ghettoaufstand beleuchtet Moshe Arens. Der rechtszionistische ZZW, dem einige ehemalige Offiziere der polnischen Armee angehörten, stand lange im Schatten der Jüdischen Kampforganisation (Zydowska Organizacja Bojowa = ZOB), die unter Führung von Mordechai Anielewicz ein breites Spektrum von den Bundisten bis zu den Linkszionisten vereinigte. Arens zeigt anhand von Erinnerungsberichten und dem Stroop-Report, an welchen Widerstandsaktivitäten der ZZW während der Ghettorevolte im Frühjahr 1943 beteiligt war. Die Ermittlungsakten deutscher Staatsanwaltschaften, die mehrere den Warschauer Ghettoaufstand betreffende Verfahren geführt hatten, wertet Arens nicht aus. Sein Anliegen ist es, den ZZW, dessen Mitglieder und militärische Leistungen zu würdigen. Ein Ärgernis ist Arens Begrifflichkeit. Die »Trawniki-Männer«, einem unter sowjetischen Kriegsgefangenen rekrutierten Hilfsverband der SS, bezeichnet Arens durchgehend als »Ukrainer«.

Mit weiteren Beiträgen zu autobiographischen Zeugnissen von Überlebenden, den Anfängen der Holocaustforschung in Israel und einer vergleichenden Lokalstudie zur Judenvernichtung in zwei Städten in Ostgalizien und Wolynien werden die Yad Vashem Studies einmal mehr ihrem Anspruch gerecht, eines der führenden Publikationsorgane der Holocaustforschung zu sein.

Andreas Mix

Maria Fritsche, Entziehungen. Österreichische Deserteure und Selbstverstümmler in der Deutschen Wehrmacht, Böhlau Verlag: Wien 2004. 284 Seiten. 35€

TROTZ der inzwischen mannigfaltigen kritischen Forschungsliteratur zur NS-Militärjustiz kann nicht von einer ausreichenden wissenschaftlichen Durchdringung des Themas gesprochen werden. Es fehlen nicht nur Untersuchungen zur Tätigkeit der NS-Kriegsgerichte zwischen Mai 1945 und ihrer Auflösung im Juni 1946 sondern zum Beispiel auch Untersuchungen zur Rolle der Kriegsgerichte in einigen im Zweiten Weltkrieg besetzten Regionen. Seit einigen Jahren zeichnet sich für Österreich eine Aufarbeitung des Themas ab. Hierzu ist auch die Arbeit Maria Fritsches zu rechnen.

Unter »Entziehung« versteht Fritsche Handlungen von Soldaten, die darauf

abzielten, sich der Wehrmacht für einen längeren Zeitraum oder auf Dauer zu entziehen, wie beispielsweise Fahnenflucht und Überlaufen zum Kriegsgegner. Unter »versteckter Desertion« (S. 12) berücksichtigt Fritsche auch Selbstverstümmelungen und Suizide. Damit entgeht sie einer rein juristisch begründeten Einengung auf Fahnenflucht. Es ist aber nicht nachvollziehbar, warum sie Kriegsdienstverweigerer nicht mit erfasst: Die Begründung, dass es sich »um Zivilisten handelte, die anders als Deserteure den Dienst von vorneherein ablehnten« (S. 12) ist insofern nicht stichhaltig, weil der Einberufungsbescheid auch den Wehrpflichtigen der militärischen Hierarchie unterstellte. Und sich standhaft verweigernde Wehrpflichtige wurden von den Kriegsgerichten wie Selbstverstümmler (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 KSSVO) strafverfolgt. Denn sie wollten sich dem Wehrdienst dauerhaft entziehen und taten dies zum Teil auch sehr konsequent. Das Konzept der Entziehung ist wegweisend für kommende Untersuchungen, die die Handlungsweisen von kriegsdienstunwilligen Soldaten in ihrer Differenzierung nachvollziehen möchten. Zu den Stärken des Buches gehört auch der differenzierte Umgang mit den NS-Akten: Diese geben in aller Regel nur Auskunft über missglückte Desertionen (S. 23) und sind vor dem Hintergrund der politisch aufgeladenen Rechtsprechung der Militärjustiz (S. 106 f. und 112 ff.) zudem für die Rekonstruktion der Realgeschichte nur bedingt tauglich. Die Einbeziehung von Zeitzeugen kann hier ein Gegengewicht schaffen. (S. 16)

Diese Überlegungen haben sich in der detailreichen und differenzierten Darstellung Maria Fritsches durchaus bewährt. Sie kommt zu dem Schluss, dass es keinen typischen Deserteur gegeben habe, (S. 26) da es so viele Motivationen zur Desertion wie Deserteure gab. (S. 44 und 213) Fritsche versucht trotzdem Motivationsgruppen zu bilden, und unterscheidet zwischen politischen, religiösen oder pazifistischen Motiven (S. 32 ff.), persönlichen Gründen (S. 34 ff.) und schließlich »Spontanentscheidungen« (S. 36 ff.). Diese Kategorisierung bringt Überschneidungen mit sich: Wo soll beispielsweise Otto Schimek einsortiert werden, der nach mehrfacher persönlicher Zeugenschaft von extralegalen Erschießungen floh? Fritsche führt den Fall unter »persönlichen Gründen« auf. (S. 35) Wäre er nicht auch bei »Spontanentscheidungen« richtig, oder bei »politischen Motiven«? Ähnliches gilt für die Desertionen, bei der Fritsche neben dem Ort, der Art der Desertion (S. 44 ff.) und der sozialen Einbindung (S. 71 ff.) auch dem Zufall Rechnung trägt. (S. 213)

Fritsche meint, dass eigene fehlende militärische Erfahrungen aufgrund der größeren Distanz eine Chance auf innovativen und differenzierten Umgang mit der Materie böten. (S. 9) Jedoch befreit dies nicht davon, die Strukturen der Gesellschaft, der Wehrmacht, der Wehrmachtjustiz etc. genau zu kennen. So behauptet Maria Fritsche beispielsweise, dass Deserteure in erster Linie nicht wegen eines Verstoßes gegen das Militärrecht verfolgt worden seien, sondern weil sie aus Sicht der Militärjustiz »den Zusammenhalt der deutschen »Volksgemeinschaft« (und damit auch der Truppe) gefährdet« hätten. (S. 91 f.) Eine Analyse der Funktion der Militärjustiz für die Wehrmacht und der Wehrmacht für den NS-Staat hätte Klarheit schaffen können: Während der Wehrmacht eine Rolle als

Schule der Nation zugedacht war, sollte die Militärjustiz die Manneszucht und damit die Kampfkraft der Wehrmacht verteidigen. Darauf war das militärische Strafrecht ausgerichtet. Die Untergrabung der Manneszucht der Wehrmacht durch Desertion war so ein Verstoß gegen militärisches NS-Strafrecht geworden. Die Militärjustiz war integraler Bestandteil der Wehrmacht: Bei der einschlägigen Normenfestsetzung kooperierte nicht etwa die Justiz mit der Wehrmacht (S. 91, ähnlich S. 98), vielmehr setzte sich zum Beispiel bei dem Thema Wehrkraftzersetzung das Oberkommando der Wehrmacht gegen das Justizministerium durch. In der (Nicht-)Aufarbeitung dieser Strukturen liegt die größte Schwäche des Buches. Dagegen sind Ungenauigkeit bezüglich des materiellen Strafrechts sicherlich nur im Detail von Bedeutung. Positiv anzumerken bleibt, dass Maria Fritsche Standgerichte als Teil der Militärjustiz behandelt und auf den ausdifferenzierten Strafvollzug eingeht. (S. 98ff., 104ff., S. 119–151)

Im Kapitel VI behandelt sie Feindbilder und Vorurteile gegenüber Deserteuren, die auch aus den Diskussionen in Deutschland bekannt sind und die Fritsche angemessen dar- und widerlegt, indem sie zum Beispiel auf das Fortwirken nationalsozialistischer Ideologeme hinweist. (S. 154ff.)

Über die Stellung der Deserteure in Österreich nach 1945 (S. 171–211) schreibt die Autorin, dass ihre Rehabilitation und Entschädigung sich an jener in Deutschland orientierte. Die knapp 60-jährige Verweigerung der Anerkennung des Leides der Opfer der NS-Militärjustiz war auch für Österreich prägend. Jedoch findet sich in Österreich ein Spannungsverhältnis zwischen unkritischem Bezug auf die Wehrmachtsvergangenheit durch beispielsweise Veteranen einerseits und andererseits der Behauptung, dass Österreich das erste Opfer der deutschen Hegemonie gewesen sei. (S. 204ff.) Für nichtösterreichische LeserInnen wäre eine genauere Darstellung dieses Spannungsverhältnisses interessant gewesen.

Trotz meiner Kritik gibt das Buch von Maria Fritsche insgesamt einen guten und kenntnisreichen Überblick, auch wenn noch weiterer Forschungsbedarf deutlich wird.

Albrecht Kirschner

Klaus Tenfelde/Hans Christoph Seidel (Hg.), Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg, 2 Bde, Klartext: Essen 2005. 638 + 976 Seiten. 45,00€

ZWANZIG Jahre nach Ulrich Herberts Pionierleistung setzt das Bochumer Institut für soziale Bewegungen noch nicht den Schluss-, wohl aber einen Markstein in der kaum mehr zu überblickenden Zwangsarbeiterforschung. Mit der zweibändigen Aufsatz- und Quellensammlung *Zwangsarbeit im Bergwerk* liegt nun der vorläufige Abschlussbericht des Großprojektes »Zwangsarbeit im deutschen Kohlenbergbau (ZIB)« vor.

Das Ergebnis ist beachtlich. 18 Beiträge, die Einleitung nicht eingerechnet, 405 Dokumente, englische *Abstracts* und eine Auswahlbibliographie erstrecken sich auf über 1.600 Seiten. Ziel ist die umfassende Ausbreitung und Analyse des For-

schungsgegenstandes in zeitlicher wie in räumlicher Hinsicht. An die Stelle der üblichen Fixierung auf das Ruhrgebiet tritt eine in Parallelmontage vorgenommene Untersuchung der Stein- und Braunkohlenreviere im deutschen Machtbereich, die auch mittelgroße und randständige Bergbezirke wie Aachen, Sachsen und Niederschlesien beleuchtet. Darüber hinaus wird der bislang ein substantielles Desiderat darstellende Arbeitseinsatz in den besetzten Gebieten Europas eingehend beleuchtet. Dies unterstreicht das komparative Anliegen. Der methodisch konzentrierte Blick auf eine klar umrissene Branche ermöglicht neben der vergleichenden Analyse aber auch die Erarbeitung generalisierbarer Merkmale der Zwangsarbeit in einem zentralen Wirtschaftssektor, die über regionale und unternehmensspezifische Ausprägungen hinausgreift und sich von den Forschungsschwerpunkten der letzten Jahre erkennbar absetzt.

Fluchtpunkt ist dennoch der Ruhrbergbau. In dem mit Abstand größten Revier befanden sich auf dem Höhepunkt des »Ausländereinsatzes« im Sommer 1944 mehr als ein Viertel aller auf deutschen Zechen angelegten ausländischen Zivilarbeiter und Kriegsgefangenen. Entsprechend widmet sich diesem Komplex der umfangreichste Aufsatz. In seinem vorbildlich strukturierten, fast monographischen Beitrag legt Seidel ebenso nüchtern wie präzise die Entwicklung des »Ausländereinsatzes« dar, die Zusammensetzung der verschiedenen Zivilarbeiter- und Gefangenen-Gruppen, die Kooperation der deutschen Akteure aus Arbeitsverwaltung, Sicherheitsbehörden, Verbänden und Unternehmen sowie die Praxis des Arbeitseinsatzes aus unternehmerischer Sicht und aus der Perspektive der Betroffenen. Unter diesen Oberkategorien geht Seidel systematisch und empirisch dicht Fragen nach, die in den übrigen Beiträgen immer wieder aufgeworfen werden: den Präferenzen der Zechen hinsichtlich Umfang und Zusammensetzung ihrer Belegschaften, der »Leistungsernährung« mit dem inhärenten Widerspruch zwischen Anforderungen und physischer Befähigung, den Leistungsniveaus und den Bemühungen der Betriebsleitungen um Produktivitätsteigerung, der körperlichen Gewalt als gezielte Sanktionsstrategie und als entgrenzte Brutalität deutscher Bergleute.

Die weiteren dem Reichseinsatz gewidmeten Aufsätze reflektieren diese exemplarisch formulierte Fragestellungen und Ergebnisse und interagieren somit in fruchtbarer Weise. Das Resultat ist ein zugleich vielschichtiges und homogenes Bild: Der Einsatz ausländischer Arbeiter erfolgte keineswegs synchron und auf breiter Front unmittelbar nach Kriegsbeginn. Vielmehr richtete sich die Beschäftigung von Ausländern zunächst nach so unterschiedlichen Gesichtspunkten wie der Integrierbarkeit in die Arbeitsabläufe, dem regional divergierenden Bedarf an Fachpersonal und Erwartungen eines baldigen Kriegsendes. Mit der Verminderung der deutschen Stammkräfte im Laufe des Krieges nivellierten sich diese Positionen. Zur Aufrechterhaltung der Produktion führte in keinem Revier ein Weg am massiven Ausländereinsatz vorbei. Allerdings variierten die Zusammensetzungen der Belegschaften partiell. So nutzten mitteldeutsche Braun- und ostoberschlesische Steinkohlengruben auch den im Bergbau unüblichen Einsatz von KZ-Häftlingen.

In der Behandlung der ausländischen Arbeiter differierten die Reviere nur graduell. Dies war zuvorderst dem staatlich

gesteckten Rahmen geschuldet, der den Ausländereinsatz in den Kontext der NS-Rassenpolitik stellte. Diese Vorgaben stießen regelmäßig auf rassistische Prädispositionen der Verantwortlichen in den Betrieben sowie auf klare Prioritäten zugunsten der maximalen Ausnutzung der Arbeitskräfte. Entsprechend wurden die ab 1941/42 meist gegen ihren Willen eingesetzten Ausländer »rassisch« gestaffelt rigiden Beschränkungen und Zwängen unterworfen, welche die aus den sowjetischen und polnischen Gebieten stammende Mehrheit der Männer und Frauen am härtesten trafen. Gewisse Verbesserungen ergaben die in den großen Abbaugebieten unternommenen Anlernbemühungen zur Leistungshebung mit entsprechenden Ernährungszulagen, gingen jedoch in der Regel auf Kosten der leistungsschwächeren Arbeiter. In den kleineren Revieren wurden derartige Strategien meist für zu aufwendig und kostenintensiv befunden. Für den Kohlenbergbau im Reich lässt sich im Zusammenklang der Einzelstudien feststellen, dass die vorhandenen Gestaltungsräume im Regelfall zu Lasten der »Fremdarbeiter« ausgestaltet oder schlicht nicht genutzt wurden.

Die Beiträge zum Zwangsarbeitereinsatz in den besetzten Gebieten kommen zu vergleichbaren Aussagen, setzen jedoch andere Akzente. In Frankreich und Benelux hatten die Bergbauunternehmen mehr Möglichkeiten zur Vermeidung von Einstellungen von Arbeitskräften aus Drittländern und zum Erhalt ihrer Stammbelegschaften. Darüber hinaus kam es den sowjetischen Arbeitern oft zugute, in einer weniger feindseligen Arbeits- und Lebensumgebung eingesetzt zu sein als dies im Reich der Fall war, wie Nathalie Piquet darlegt. Tanja Penter wirft die terminologisch wichtige Frage auf, inwieweit für die besetzten Ostgebiete von Zwangsarbeit zu sprechen ist. Die Mehrzahl der in der Ukraine eingesetzten Bergleute wurde nicht deportiert und verblieb somit in ihren gewohnten sozialen Netzwerken. Dies eröffnete größere Chancen, sich der Arbeitspflicht durch Flucht zu entziehen. Andererseits fielen die Sanktionen ungleich schärfer aus als im Reich, wie auch sonst die materiellen Verhältnisse im Osten jene in Deutschland an Härte noch übertrafen. Ferner bedeutete die Verknüpfung von Arbeitseinsatz und NS-Volkstumspolitik eine zusätzliche Verschärfung der Lebens- und Arbeitsbedingungen vor Ort.

Insgesamt ergeben die Einzelstudien ein umfassendes und differenziertes Panorama mit regionaler Tiefenschärfe. Gleiches lässt sich von der angestrebten diachronen Dimension des Doppelbandes nicht sagen: Die im Untertitel implizierte gleichwertige Behandlung des Arbeitseinsatzes im Ersten Weltkrieg bleibt leider aus. Ganze 37 Seiten im Aufsatzteil und sechs von 405 Dokumenten widmen sich den Jahren 1914–1918. Sinnvoller wäre es daher gewesen, hätten die Herausgeber die entsprechenden Kapitel als Prolog für den quantitativ erheblicheren, in seiner mörderischen Qualität herausgehobenen Zwangsarbeitereinsatz des Zweiten Weltkrieges ausgewiesen, eben als »Hintergrund an Erfahrungen«. (Bd. 2, S.85)

Dem Wert des Sammelbandes tut dies aber kaum Abbruch. Die Aufsätze stellen den *state of the art* der Zwangsarbeiterforschung dar und werden durch den voluminösen Quellenband sinnvoll ergänzt, wenngleich sich dieser auf die Täterseite beschränkt und Erfahrungsberichte von Zwangsarbeitern ausklammert. Die Do-

kumente bilden eine reichhaltige Fundgrube für Seminar- wie Forschungsarbeiten und sind durch detaillierte Regesten und Indices hervorragend erschlossen. Die sichtbare Lücke, die der »großdeutsche« Bergbau in der Literatur zur Zwangsarbeit bislang darstellte, verspricht, durch die Ergebnisse des ZIB-Projektes angemessen geschlossen zu werden.

Kim Priemel

Matthias Steinbach, Universitätserfahrung Ost. DDR-Hochschullehrer im Gespräch, unter Mitarbeit von Michael Ploenus, Verlag Dr. Bussert & Schneider: Jena 2005. 333 Seiten. 24,90 €

NEUN Jenaer Universitätsprofessoren, zumeist Geisteswissenschaftler, zwischen 1921 und 1931 geboren, stellten sich dem Neuzeithistoriker Matthias Steinbach, einem Spezialisten für Wissenschaftsgeschichte, zum Gespräch. Die Interviews sind zwar nicht streng strukturiert, aber doch auf biographische und vor allem berufliche Erfahrungswerte hin orientiert. Diese Erfahrungswerte sollen, so Steinbach, »Einblicke in eine Alltagsgeschichte der DDR-Wissenschaft in ihrer Verzahnung mit Politik und Gesellschaft« bieten. (S. 10)

Die Interviewpartner sind der Chemiker Günther Drefahl, der Theologe Klaus-Peter Hertzsch, der Pädagoge Rudolf Menzel, der Germanist Hans Richter, der Historiker Peter Schäfer, der Slawist Gerhard Schaumann, der Amerikanist Karl-Heinz Schönfelder, der Sportwissenschaftler und Historiker Willi Schröder und der Kunsthistoriker Bernhard Wächter. Die Befragten gehörten, so heißt es im Vorwort, in der DDR »weder zur kulturellen Prominenz noch zu Kreisen der hohen Politik.« (S. 10) Doch Günther Drefahl war als Rektor der Universität Jena von 1962 bis 1968, als Präsident des Friedensrates der DDR und als Vizepräsident des (sowjetisch inspirierten) Weltfriedensrates gewiß prominent. Auch war etwa Karl-Heinz Schönfelder in seinem Fach international durchaus sehr bekannt. Alle, mit Ausnahme Menzels und Schäfers, waren in der DDR Professoren an der Universität Jena; Menzel wurde dies, nach zeitweiliger beruflicher Maßregelung, 1970 an der Technischen Hochschule Magdeburg, Schäfer erhielt erst nach der »Wende« eine Professur für Neuere Geschichte mit dem Schwerpunkt Geschichte Nordamerikas.

Die soziale Herkunft der Gelehrten ist sehr unterschiedlich. Sie reicht vom Bildungsbürgertum, dem Hertzsch und Wächter entstammten, bis zur 15-köpfigen Familie eines schlesischen Steinsetzers, in die Menzel hinein geboren wurde. »Das war gewiß kein Milieu, aus dem in der Weimarer Zeit Professoren oder auch nur Volksschullehrer kamen«, so Menzel. (S. 70)

Alle erlebten die Nazidiktatur, keiner erlag, jedenfalls nicht auf Dauer, der »Herrenmenschen«-Ideologie. Zumal für Peter Schäfer, dessen Mutter Jüdin war, bedeutete der 8. Mai 1945 eine »im echten Sinne des Wortes« Befreiung. (S. 162) Bewegend schildert Hans Richter, wie er als 16-jähriger in das letzte Aufgebot des »Führers« gepresst wurde. Die Vertreibung aus Böhmen erschütterte ihn tief, wurde aber schließlich zu einer Grundlage der intensiven Beschäftigung mit dem Werk Franz Fühmanns, der diese Problematik ein Leben lang literarisch reflektierte.

Keiner der befragten Professoren verleugnet sein Leben in der DDR. Dabei sind die Akzente durchaus unterschiedlich gesetzt. So hat der Chemiker Drefahl in der DDR sicher mehr an hochschulpolitischen Entscheidungen aktiv mit durchgesetzt, als er heute bestätigt. Der Theologe Hertzsch sagt, die »Abwicklung« ganzer Fachbereiche hatten die Theologen ab 1990 »nicht als sehr dramatisch mitbekommen«, muss dann aber einräumen, dass auch Theologiedozenten durch die »Evaluation« für überflüssig erklärt, entlassen und brotlos wurden. (S. 67)

Auch im Abstand von 15 Jahren zeigt sich: Der erzwungene Abbruch so vieler Wissenschaftler-Biographien und Arbeitsprojekte hat im Urteil der Beteiligten tiefe Spuren hinterlassen. Die Verluste wiegen schwerer als die Gewinne, ist die Meinung der meisten Interviewpartner. Karl-Heinz Schönfelder, obgleich 1988 emeritiert, wollte nach den »demütigenden Evaluierungen [...] mit dieser Universität nichts mehr zu tun haben« und vernichtete all seine Aufzeichnungen, was er später bedauerte. (S. 245) Hans Richter bekannte, die Jenaer Universität sei ihm nach der 1945 erzwungenen Umsiedlung zur Heimat geworden, doch: »Diese Heimat, auch diese Heimat, ist mir verloren gegangen.« (S. 159) Bernhard Wächter ist sich sicher, dass sein immenses Engagement in der studentischen Ausbildung (das der Rezensent gern bezeugt) schwerer wiegt als sein Einverständnis der Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit. Es ging, dies erscheint glaubhaft, allen Befragten darum, unter den Bedingungen einer reglementierten Ordnung wissenschaftliche Freiräume zu schaffen sowie zu erhalten und Studenten die Lust an wissenschaftlicher Erkenntnis zu vermitteln. Keiner der Hochschullehrer kommt auf den Gedanken, die DDR, die durchaus kritisch bewertet wird, mit dem »Dritten Reich« zu vergleichen oder gar gleichzusetzen. Angenehm fällt auf, dass notwendige Kritik und Selbstkritik nie in Selbstbezichtigung, Denunzierung anderer oder in weinerliche Selbstbespiegelung abgleiten.

Fazit: Zu einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Erbe der DDR leistet dieses Buch einen wichtigen Beitrag.

Mario Keßler

Friedrich-Ebert-Stiftung/Institut für Sozialgeschichte Braunschweig-Bonn (Hg.), Die Siebzigerjahre. Gesellschaftliche Entwicklungen in Deutschland, J. H. W. Dietz Nachf.: Bonn 2004 (Archiv für Sozialgeschichte, Band 44). XVI + 735 Seiten. 68,00 €

VOR zehn Jahren etwa, als die deutsche Zeitgeschichtsschreibung damit begann, sich mit den 60er Jahren zu beschäftigen, reagierte sie damit auch auf eine Interpretationslücke, die zwischen den wissenschaftlich gerade eben erst ausgeleuchteten 50er Jahren und dem streitgeschichtlichen Fokus auf die 68er-Revolte entstanden war. Viele jener Fragestellungen, die aus der Beschäftigung mit den 50ern entstanden, wurden gleichsam in die nachfolgende Dekade verlängert und hinsichtlich ihrer Reichweite überprüft. Heute gilt im Prinzip Ähnliches. Auch die 70er Jahre scheinen gleichsam von

hinten, vom deutschen Herbst her, aufgerollt zu werden. Und erneut dienen die Jahre 1967/68 als bevorzugte, nunmehr vorgelagerte Fixpunkte: Wer von Baader in Stammheim spricht, soll von Dutschke in Frankfurt nicht schweigen, heißt es. Soweit, so gut. Allein, was liegt dazwischen? Und was taten all die anderen?

Dem ›bewaffneten Kampf‹ widmet sich nur ein einziger der insgesamt 16 Beiträge dieser »ersten umfassenden historischen Untersuchung« der 70er Jahre (Verlagstext), wobei sich Klaus Weinhauers Analyse gerade nicht in einer binnenperspektivischen ›Geschichte der RAF‹ erschöpft. Weinhauer plädiert vielmehr für eine »Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit«, die sich von der Fixierung auf den Terrorismus befreit und stattdessen die »hohe Interaktionsdichte zwischen Staat und Gesellschaft« in ihrer für die 70er Jahre so charakteristischen Breite und Konfliktträchtigkeit problematisiert. (S. 242) Mit der Polizeireform und ihren Folgen beleuchten Thomas Kleinknecht und Michael Sturm gewissermaßen einen Teilaspekt dieser Geschichte. Das Gros der Beiträge bilden Fallstudien politisch links geprägter Gruppen und Milieus. So findet man Mikrostudien, wie Detlef Siegfrieds differenzierenden Blick auf das Innenleben von WGs, Jugendzentren und K-Gruppen oder Wolfgang Kraushaars Beitrag zur Frankfurter Sponti-Szene, der aber letztlich, gerade im Vergleich zu Siegfried, über weite Strecken Prominentengeschichte bleibt. Auch Gisela Notz' Beitrag zu den autonomen Frauenbewegungen verharrt zumeist in dieser Perspektive. Der Blüte und dem Niedergang linker Literaturproduktion und Leserschaft widmet sich Adelheid von Saldern.

Zu den interessantesten Texten gehören bezeichnenderweise solche Untersuchungen, deren Fokus nicht unmittelbar auf den linken Mikrokosmos gerichtet ist. Franz-Werner Kersting beispielsweise arbeitet heraus, wie irritiert Psychiatriereformer der 50er und 60er Jahre waren, als man sie Anfang der 70er Jahre mit ›Euthanasie‹-Gutachtern verglich: »Ihre ursprünglich liberale Grundhaltung nahm Schaden – zugunsten einer pauschalen Abwehrhaltung gegenüber allem, was als '68 und ›links‹ eingestuft wurde.« Diesen »68er-Schock teilten sie mit vielen anderen aus der älteren ›skeptischen‹ Nachkriegsgeneration« (S. 291). Ein ähnliches Aufeinandertreffen von Beharrungskräften, gemäßigtem Reformwillen und radikaler Kritik beschreibt Benjamin Ziemann mit Blick auf den westdeutschen Katholizismus. Wolfgang Schroeder wiederum verbindet die Analyse sozio-ökonomischer, personeller und programmatischer Bedingungsfaktoren gewerkschaftlicher Politik mit der Verortung der Gewerkschaften im Spannungsfeld zwischen sozialliberalem Regierungshandeln, Arbeitgeberpolitik und Neuer Linken. Auch Anja Krunke setzt ihren Untersuchungsgegenstand, die »Meinungsforschung als Instrument von Parteien und Medien«, in Beziehung zu gesamtgesellschaftlich wirksamen Phänomenen wie Politisierung, Medialisierung und Verwissenschaftlichung. Der Frage schließlich, ob von einer »Demokratisierung durch Verwissenschaftlichung« gesprochen werden kann, geht Ruth Rosenberger nach. Rosenberger, die sich übrigens als einzige ausführlicher mit den Fallstricken des Demokratisierungsbegriffs auseinandersetzt, untersucht »betriebliche Humanexperten als Akteure des Wandels der betrieblichen Sozialordnung«.

Laut Titel untersucht der Band »gesellschaftliche Entwicklungen«. Dies ist insofern nicht ganz korrekt, als sich einige Autoren mit mehr oder minder klassisch politikgeschichtlichen Fragen beschäftigen. Frank Fischer zum Beispiel, der das »Verhältnis zwischen Innen- und Außenpolitik« von 1969 bis 1982 studiert, oder auch Gottfried Niedhard und Oliver Bange in ihrem auch auf englisch- und französischsprachige Quellen rekurrierenden Beitrag zur Ostpolitik. Auch in Dietmar Süß' überzeugendem Juso-Artikel und – was mir problematischer erscheint – in Bernd Faulenbachs abwägend-bejahender Antwort auf die Frage, ob die 70er Jahre als »sozialdemokratisches Jahrzehnt« anzusehen seien, ist dann doch ungleich weniger von sozialen und ökonomischen Entwicklungen als von Parteipolitik und ›Großen Männern‹ die Rede. Faulenbach schreibt gleich zu Beginn seiner Einleitung, dass »vieles dafür« spreche, die Geschichte der 70er Jahre »aus ihrem Zentrum heraus zu schreiben«; und im »politischen Zentrum« stehe nun mal die Sozialdemokratie. (S. 1)

Sicherlich, wer in den 70er Jahren politisch handelte oder Stellung bezog, kam um die SPD und die in ihr vertretenen Positionen nur schwer herum. Andererseits stellt sich die Frage, ob nicht ein Ansatz, der die Geschichte eines Jahrzehnts um ein parteipolitisch definiertes ›Zentrum‹ herum gruppiert, mehr Probleme verdeckt als er zu lösen vermag. Angenommen, ich nehme die allenthalben erhobene Forderung nach transnationalen Fragestellungen ernst: Hilft mir die Erzählung vom ›sozialdemokratischen Jahrzehnt‹, wenn ich weltweit anzutreffende Phänomene wie Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit, Entspannung und Neuen Kalten Krieg als Teil der westdeutschen Geschichte angemessen würdigen oder die Bundesrepublik mit anderen Staaten vergleichen will? Ähnlich offensichtlich erscheinen die Schwächen des Ansatzes, wenn man sich vergegenwärtigt, dass hinter dem, was Faulenbach als »in erheblichem Maße sozialdemokratisch akzentuierten Aufbruch« bezeichnet (S. 34), ungemein vielfältige politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen standen, die sich nur sehr bedingt mithilfe parteipolitischer Konfliktlinien fassen lassen.

Axel Schildts einsamer, am Ende des Bandes platzierter Beitrag zur »konservativen Tendenzwende« erinnert daran: Wer vom ›linken Aufbruch‹ spricht, sollte von der etwas später einsetzenden »konservative[n] Rekonstruktion« (S. 449) ebenso wenig schweigen, wie von den Allparteienkoalitionen, die sich beispielsweise im Bereich der inneren Sicherheit zusammenfanden. In diesem weiter gefassten Zusammenhang könnten dann auch der Autoritarismus und die obrigkeitsstaatlichen Überhänge innerhalb der Linken selbst angemessen problematisiert werden. Problematisch ist nicht zuletzt auch die mangelnde Vereinbarkeit des Ansatzes mit einem ›Blick von unten‹: Wie sinnvoll ist das Label ›sozialdemokratisch‹, wenn mein Interesse den Lebensweisen und -normen oder dem Alltag gilt? Wie viel SPD steckt wohl in der Disco-Welle? Dies ist vielleicht der schwerwiegendste blinde Fleck. Denn wie kann man mit Blick auf die 70er Jahre guten Gewissens von ›gesellschaftlicher Demokratisierung‹ sprechen, wenn im Gros der bis dato vorliegenden Untersuchungen der Demos nur am Rande vorkommt?

Dominik Rigoll